

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst  
von der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Dringerrate monatlich 80 Pf.  
Zusatz die Post bezogen vierteljährlich M. 3.75, unter Kreuzband für Deutsch und  
Czechoslovakien M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Poststraße 14, U. Tel. 3465.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Gr. Poststraße 14, U. Tel. 1769.  
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Ansätze werden der Spaltenbreite (mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger  
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 25 Pf. Inzerate müssen  
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im  
Voranz zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 26.

Dresden, Donnerstag den 1. Februar 1912.

23. Jahrg.

## Keine Wahlreform in Preußen.

Am Mittwoch war im preussischen Abgeordnetenhaus der erste Redner der Nationalliberalen Dr. Friedberg. Für einen Nationalliberalen des Privilegienlandtags und insbesondere für Herrn Friedberg sprach er nennenswert oppositionell. Eine Frage über die Verfassung gab Herr v. Dallwig die Gelegenheit, die Nationalisten mit der Verfassung zu beruhigen, daß die Verfassungsänderung mit der bekannten Objektivität weiter gelöst werden soll. Zur Frage der Reform des preussischen Wahlrechts führte Herr v. Dallwig folgendes aus:

Was die Wahlrechtsreform anlangt, so habe ich im vorigen Jahre die Gründe dargelegt, die nach dem Scheitern der Vorlage von 1908 eine Wiederbringung als unzulässig erscheinen ließen. Ich habe darauf hingewiesen, daß bei den weitgehenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der bürgerlichen Parteien über Art und Umfang einer Wahlrechtsreform keine Möglichkeit gegeben sei, die bestehenden Gegensätze zu überbrücken und eine Verständigung über eine auch für die Regierung annehmbare Wahlreform herbeizuführen. Ich kann nicht anerkennen, daß sich die Verhältnisse in dieser Beziehung geändert haben, vielmehr haben die Verhandlungen über den Antrag Anthonis am Schluß der letzten Session ganz deutlich bewiesen, daß eine Änderung und Annäherung der Parteien nicht stattgefunden hat (Sehr richtig! richtig), daß sogar die bestehenden Meinungsverschiedenheiten sich eher vergrößert haben. Ich glaube, daß die Reichstagskommission die Wichtigkeit dieser Aufgabe erkannt hat. (Sehr wohl! richtig.) Daher würde eine Wiederaufnahme der Wahlrechtsreform zwecklos sein.

Dann behauptete der Minister, daß die famosen Ausführungsbestimmungen zum Feuerbestattungsgesetz nicht dazu bestimmt seien, die Ausführung des Feuerbestattungsgesetzes zu hindern! Um so größer aber wurde die Erödnis des Ministers, als er zu den Reichstagswahlen kam. Den Kerger der Regierung, daß sie trotz diesem Verhalten die Revision der Sozialdemokratie weder lahmlegen, noch viel weniger widerlegen konnte, bemängelte er durch eine Fäufung landläufiger Missverständnisse über die sozialdemokratische Volkseinstellung. Und dann ging es den Beamten an den Kragen, die trotz allen norddeutschen allgemeinen Aufrufen für die Partei der arbeitenden Menschen gekämpft haben. Treu und Glauben, Ehre und Pflichtgefühl wurde diesen Beamten abgesprochen, und zum Schluß wurden sie noch mehrfach als Lügner und Heuchler tituliert, wenn sie es nicht vorzögen, aus dem Staatsdienst auszutreten und sich auch öffentlich der Sozialdemokratie anzuschließen. Wenn der Minister die Wirkung dieser lächerlichen Reden in den Beamtenbergen so kontrollieren könnte, wie er die Prüfung der Jungfräulichkeit der zur Feuerbestattung bestimmten Leichen angeordnet hat, — er würde sich wohl wundern, wie sie die Lieberzeugung verliert, daß die Beamten am 12. Januar mit dem Stimmzettel Ausdruck gegeben haben.

Aber wie kommt es überhaupt dieser Wutausbruch zustande, wie wirkungslos muten alle Trost- und Unbedenklichkeitsversicherungen an, nachdem sie trotz oftmaliger Wiederholung nicht gehindert haben, daß 4 1/2 Millionen Stimmen für die Sozialdemokratie und über 7 Millionen Stimmen für die Opposition abgegeben wurden.

An der Sitzung ist sonst nur noch die Rede des freisinnigen Führers Herrn v. Jedlitz hervorzuheben, der unter merkbarer Juristenschelung der sonst an ihm gewohnten Charakteristik nach Gründen für den Wahlrechtsfall suchte, durch den ja gerade seine Partei so verdrängt getroffen wurde. Zwar tat der klauale alte Herr, als wäre er fittlich entschuldigt über den Volkstorn, der sich gegen die Junkerherrschaft hebt, aber er unterließ nicht, einige der Elemente dieser Gefährdung der Massen herauszuheben, und sogar Herr v. Jedlitz forderte zum Schluß einige Wahregeln gegen die Vorherrschaft des Großgrundbesitzers.

In einer Geschäftsordnungsbermerkung fertigte Genosse J. sich den Herrn v. Dallwig gründlich ab, indem er es sehr richtig als junkerliche Frechheit bezeichnete, daß Herr v. Dallwig es sich erlaubt hatte, ihm vorzuwerfen, daß er niedrige Gesetze von Treu und Glauben habe und der Lüge und Heuchelei das Wort rede.

Die Schimpfkanonade des Herrn v. Dallwig auf die Weimarer, die bei den Reichstagswahlen sozialdemokratisch gewählt haben, hatte nur den strategischen Zweck, einen Anstoß zu geben. Das geschah freilich in der ungeschicktesten Weise der Welt. Der preussische Polizeiminister hätte besser getan, nicht über Verletzung von Treu und Glauben, aber Lügner, Heuchler, Eidvergeßene und Eidbrecher zu setzen in einer Rede, in der er eben zuvor auch mitgeteilt hatte, daß die Regierung gar nicht daran denke, eine neue Wahlrechtsvorlage einzubringen.

Für den kleinen Beamten soll der Dienst eine Kette sein, an der ihn die großen Herren durch das ganze Leben führen, selbst in die geheimen Wahlkabinen, wo er doch als freier Bürger nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden soll. Wacht er sich aber für diesen einen Augenblick wie er darf und muß, frei von der Bevormundung seiner Vorgesetzten, dann schimpft man in ohnmächtiger Wut hinter ihm her, und

kein Ausdruck der Polizeiwachtstube ist zu schlecht, um ihn nicht damit zu bewerkeln.

Für die großen Herren natürlich gilt die Pflicht zu Treu und Glauben nicht. Sie dürfen ihre heiligsten Versprechungen brechen, dürfen sie brechen unter den wichtigsten, aber nicht unter lächerlichen Vorwänden. Und wer sie daran zu erinnern mag, daß Worte gegeben werden, um gehalten zu werden, der ist für sie ein Verräter, der ins Loch gehört.

Warum will denn diese Regierung auch im Jahre 1912 noch immer nicht das Wort einlösen, das sie im Jahre 1908 in feierlicher Form durch den Mund des Königs verpfändet hat. Herr v. Dallwig mag es: „Weil bei den bestehenden weitgehenden Meinungsverschiedenheiten über Art und Umfang der Wahlreform keine Möglichkeit gegeben ist, die vorhandenen Gegensätze zu überbrücken.“

Wann und wo gibt es denn eine Reform, über die sich alle Parteien von vornherein einig sind, über die keine weitgehenden Meinungsverschiedenheiten bestanden? Zolltarife, Deeres- und Notennotlagen, Strukturverträge und tausend andere Gelegenheiten werden die ohne Kampf der Meinungsgegenstände gemocht? Und wann wäre es der Regierung empfehlenswert, auf solche Gelegenheiten zu verzichten, sie auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben, an dem es keine Meinungsverschiedenheiten mehr geben wird?

Am 20. Oktober 1908 ist die Wahlreform als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart anerkannt, ihre sofortige Annahmefristen in Aussicht gestellt worden. Wußte der Verfasser jener Rede nicht, daß es im preussischen Landtag „weitgehende Meinungsverschiedenheiten über Art und Umfang der Wahlreform“ gibt, daß die verantwortliche Regierung in schouderhalter Unkenntnis der Tatsachen den König zur vorläufigen Abgabe eines unerfüllbaren Versprechens verleitet? Wohl, dann ziehe man die Minister zur Verantwortung! In Preußen ist ja nicht nur der Ministerpräsident, der inzwischen ausgeschieden ist, sondern das Gesamtministerium verantwortlich, dessen Vizepräsident damals Herr v. Bethmann-Hollweg war, der Minister des Innern, in dessen Ressort die Wahlreform gebirgt.

Herr v. Bethmann aber, der die Verantwortung trägt sowohl für die Thronrede von 1908 wie für ihre Verhöhung durch Herrn v. Dallwig im Jahre 1912 — Herr v. Bethmann hat es vorgezogen, zu den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses überhaupt nicht zu erscheinen!

Kein Wunder, daß dieselbe Kohorte, die Herrn v. Dallwig weislich besetzte, als er die Beamten in wässrigen Worten beschimpfte, in nicht minder lauten Pfeiffen ausbrach, als derselbe Herr Minister die Absicht der Regierung ankündigte, ihr eigenes Versprechen nicht zu halten. Man kennt genügend die Bestimmung dieser Leute, die den Bruch des gegebenen Wortes für ein herrliches Verdienst, den Eidbruch für ein königliches Privilegium halten, denen jeder Verrat an Treu und Glauben recht ist, wenn er ihrem eigenen Vorteil dient.

## Die Wirkung unseres Sieges in England.

Genosse Kollendauer schreibt dem Vorwärts:

Ich war einer der wenigen Genossen, die den ganzen Wahlkampf mit durchgemacht und doch in Deutschland nichts von dem Jubel gehört habe... den die Wahlsieger der Stichwahlen hervorriefen. Als am 22. Januar die Wahlhandlung geschlossen wurde, sah ich im Schnellzug nach Wilsingen auf der Weile nach Birmingham, um im Weste des englischen Imperialismus an dem Parteitag der irischen Arbeiterpartei (Labor party) teilzunehmen. Das war die Town Hall (Rathhaus) in Birmingham als Kongressort gewählt hatte, war an sich schon eine Demonstration; denn Birmingham's Town Hall ist das Zentral- in dem Joseph Chamberlain sein Evangelium des Imperialismus predigt. Birmingham ist die Stadt, in der Chamberlain ohne Widerspruch ins Parlament gewählt wird.

Obwohl Birmingham eine Universitäts- und eine Kunstakademie hat, ist die Stadt eine Fabrikstadt, wie sie Bismarck in „Harte Zeiten“ schildert. Um das zentrale Zentrum liegt vielleicht in einem Teil der dortigen Fabrikation, um auch den selben ihre Religion zu erhalten, werden dort nämlich Gegenstände in großer Anzahl hergestellt. Die fremden Fabrikanten, die täglich für das Seelenheil der Ungläubigen beten, werden in Verzweiflung kommen, wenn die Heiden sich zum puritanischen Christentum bekennen und alle Götzen und Heiligensbilder ins Feuer werfen würden.

Obwohl Birmingham in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts das Zentrum des Chartismus war, so gibt es heute wohl kaum in einer Großstadt des britischen Reiches eine Bevölkerung, die in gleichem Maße für den Imperialismus eintritt, wie das Bürgerium Birmingham's. Und doch behaupte ich, daß nur sehr wenig Parteigenossen in Deutschland solchen Jubel und solche Begeisterung über den Ausfall der deutschen Reichstagswahlen erlebt haben wie ich in Birmingham.

Von den englischen Imperialisten ist die Mär verbreitet, daß das deutsche Volk England doch und danach drängt, Großbritanien in Kriege zu verwickeln. Jede englischerische Rede von Liebert, Rattmann, Reim und Konsorten, die Kriegsheteren der Post, der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, der Hamburger Nachrichten usw. werden von den Imperialisten Englands als Keuchereien des deutschen Volkes betrachtet. Obgleich Friedensfreunde würden mit großer Sorge nach Deutschland, indem sie beschürzten oder gar für ziemlich sicher annehmen, es werde ein imperialistischer Reichstag gewählt werden. Nun kamen die Resultate die aller Welt zeigten, daß das ganze Volk sich gegen den Imperialismus wendet. Das wirkte bei allen Friedensfreunden wie eine Erlösung.

Einstimmig war man der Meinung, daß die deutschen Wähler nicht nur die deutschen Anhänger des Imperialismus niedergeschlagen,

sondern auch dem englischen Teil dieser gemeingefährlichen Schichten den Todesstoß verlegt haben. Ein alter Großindustrieller, der 6000 Arbeiter beschäftigt und ein besonderer Philanthrop ist, erklärte mir, daß er sich kein Urteil über die Wirkungen des Ausfalls der Wahl in Deutschland erlauben könne. Aber logte er, in Großbritannien hat er mindestens die Bedeutung wie der Sturz der unionistischen Regierung durch die Parlamentswahlen von 1906. Damals hat Englands Volk die Imperialisten aus der Regierung entfernt, und jetzt habe Deutschland den Imperialismus völlig zerschmettert.

Noch größer werde aber die Wirkung auf die Arbeiter sein. In weiten Kreisen der Arbeiter bestehe immer noch Zweifel, ob die Arbeiterklasse je durch selbständiges Auftreten bei den Wahlen Erfolge erzielen könne. Der Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie sei ein Argument, mit dem man auch den kühnsten englischen Arbeiter aus seiner Verzagtheit aufheiteln könne und sehr bald werde bei der englischen Arbeiterklasse der Entschluß reifen es den deutschen Arbeitern nachzumachen. Selen auch bei den Streiks des letzten Sommers hundtausendliche Kräftigungen zulage getreten, so werde sich bald ein Umsturz bemerken machen denn der Sozialismus werde von der Behauptung, daß die Vertreter der Arbeiterklasse in den Parlamenten stets eine Schwachheit, von anderen Parteien abhängige Gruppe bleiben werden.

Urteilen so die Leute, die der Arbeiterpartei fernstehen, so ist es erklärlich, daß die Siege der deutschen Sozialdemokratie bei der Arbeiterpartei geradezu unbeschreibliche Begeisterung hervorriefen. Auf dem Kongress waren 470 Delegierte aus allen Gegenden und allen Ständen des britischen Reiches vertreten. An jedem Sitzungstage wurden neue Wahlsiege mitgeteilt, und jede Einzelnachricht begeisterte die Begeisterung. Mehrfach erhoben sich alle Delegierten von den Sitzen und gaben ihren Wünschen durch Paraden und Liederhören Ausdruck.

Besonders bemerkenswert ist die Massenversammlung vom Freitag abend. In dieser war die Bevölkerung Birmingham's vertreten. Auch hier rief jede Erwähnung der deutschen Wahlsiege himmlischen Jubel hervor. Den empfindlichsten Verkauf fand aber W. G. Aberdon, der sich in besonders scharfen Ausdrücken gegen die auswärtige Politik Englands wandte die England in Gegenwart zu Deutschland bringe. Er hob hervor, daß diese Politik England zum Bundesgenossen des blutdürstigen kultureinblöden Parisismus mache während Englands Volk auf der Seite des getrichterten Volkes Ruhland stehe, das Leben und Freiheit einbüße um den Parisismus zu stützen. In dieser Versammlung trat deutlich zutage, daß selbst im imperialistischen Birmingham die Freiheitliebende Mehrheit die Massen angezogen wird mit Wertschätzung angesehen. Jetzt wurde man angenehm überrascht, indem man plötzlich sah, daß die reaktionären Kriegsheteren in Deutschland eine verschwindende Minderheit sind, während die nach Freiheit ringende Masse, die auch für die Erhaltung des Friedens eintritt, die übergroße Mehrheit der Bevölkerung bildet. Weil man in dem Wahlergebnis eine gewaltige Friedensdemonstration erblickte, wurden die Gegner des Massenmarsches dieser Begeisterung hingewiesen. Genuß sind die internationalen Kongresse oft erhebende Demonstrationen für den Ausbruch internationaler Solidarität; niemals habe ich jedoch Szenen erlebt in denen das internationale Solidaritätsgesühl mit so elementarer Gewalt zum Ausdruck kam wie auf diesem nationalen Kongress der englischen Arbeiter.

## Die portugiesischen Generalstreikswirren.

Lissabon, 31. Januar. In der Stadt sind Truppen aus verschiedenen Garnisonen zusammengezogen. Das 1. und 2. Artillerieregiment, das 5., 8., 16. und 22. Infanterieregiment, das 2. Kavallerieregiment und das 4. Tragonerregiment, 1000 Mann der republikanischen Garde und zahlreiche Volkseinsammlungen befinden sich in der Stadt. Lissabon hat das Aussehen eines Heerlagers. Ganze Eskadronen gingen gegen Volksmengen vor. Nach rechts und links wurde die Menge mit dem Säbel auseinandergeworfen, bis sie nach allen Seiten flüchtete. Aus den Fenstern wurden Bomben auf die angreifenden Truppen geworfen, die schreckliche Explosionen herbeiführten. Schallgeschosse trieben die Soldaten die Menge in die tiefer gelegenen Stadtteile zusammen, bis die Nacht herabkam. Bis jetzt wurden 1000 Verhaftete an Bord der Kriegsschiffe gebracht. Die Verhaftungen dauerten heute den ganzen Tag in großem Umfang an. Mit gezogenem Schwert wird heute Nacht in den äußeren Stadtteilen eine weitere Säuberung vorgenommen. In Setubal, Coimbra, Vila Franca und anderen Gegenden dauern die Ausschüsse an, auch Zusammenkünfte sind vorgelassen. Die Regierung beabsichtigt, den Verlegungsstand aufrecht zu erhalten, bis die Ordnung wieder vollkommen hergestellt ist.

Lissabon, 31. Januar. Als gestern nachmittag die Wagen der elektrischen Straßenbahn ihre Depots verlassen wollten, wurde eine Bombe gegen einen Wagen geschleudert, der vollständig zerstört wurde. Ein Kavallerieoffizier versuchte den Attentäter festzunehmen, der aber die Flucht ergriff. Der Offizier legte ihm nach. Als er sich ihm bereits beträchtlich genähert hatte, wendete sich der Attentäter plötzlich um und warf eine zweite Bombe auf den Offizier und beschwand unter der Volksmenge. Auch in anderen Gegenden der Stadt sind Bomben geschleudert worden. Eine deutsche Fabrik, deren Namen nicht genannt wird, wurde gezwungen, die Arbeit einzustellen. In Koita, in der Nähe von Lissabon, wurde der Bürgermeister von Kundgebungen mit einer Art getötet.

Sabaje, 31. Januar. Die telegraphische Verbindung zwischen Lissabon und Setubal ist zerstört. Die Telegraphenbestanden werden auf dem Strich angehalten und von den Streikenden aufgehoben, sich dem Streik anzuschließen. Die Regierung hat kein Vertrauen zu der Lissabonner Garnison, weil Streitigkeiten zwischen dem

Stimmen und Bilder

Umstau

In einem sehr gut bedruckten...  
Karten...  
Lage...  
Lage...

Stimmen und Wähler

Die Verbrämte Wahl

In der Abgeordnetenversammlung am ersten März...

Die Verbrämte Wahl... Die Verbrämte Wahl...

Die Verbrämte Wahl... Die Verbrämte Wahl...

Die Verbrämte Wahl... Die Verbrämte Wahl...

Die Verbrämte Wahl... Die Verbrämte Wahl...

Umstand

Oba mit und ohne Stimmgabe

Die Verbrämte Wahl... Die Verbrämte Wahl...

Die Verbrämte Wahl... Die Verbrämte Wahl...

Die Verbrämte Wahl... Die Verbrämte Wahl...

Die Verbrämte Wahl... Die Verbrämte Wahl...

Die Verbrämte Wahl... Die Verbrämte Wahl...

Stimmende

Die Verbrämte Wahl

Die Verbrämte Wahl... Die Verbrämte Wahl...

Die Verbrämte Wahl... Die Verbrämte Wahl...

Die Verbrämte Wahl... Die Verbrämte Wahl...

Die Verbrämte Wahl... Die Verbrämte Wahl...

Die Verbrämte Wahl... Die Verbrämte Wahl...

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Post die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutsch aus dem Ausland M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** W. Zwingerstraße 14, II. Tel. 2416.  
**Sprechstunde:** nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** W. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.  
**Verlagszeit:** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die Spaltenbreite mit 3/4 P. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vertriebsanzeigen 25 P. Insetate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegraphische Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 26.

Dresden, Donnerstag den 1. Februar 1912.

23. Jahrg.

## Keine Wahlreform in Preußen.

Am Mittwoch war im preussischen Abgeordnetenhaus der erste Redner der Nationalliberalen Dr. Friedberg. Für einen Nationalliberalen des Privilegienlandtags und insbesondere für Herrn Friedberg sprach er nennenswert oppositionell. Eine Frage über die Polenpolitik gab Herrn v. Dallwitz die Gelegenheit, die Nationalisten mit der Versicherung zu beruhigen, daß die Polenkolonisation mit der bekannten Objektivität weiter geführt werden soll. Zur Frage der Reform des preussischen Wahlrechts führte Herr v. Dallwitz folgendes aus:

„Was die Wahlrechtsreform anlangt, so habe ich im vorigen Jahre die Gründe darlegt, die nach dem Scheitern der Vorlage von 1908 eine Wiederbringung als unmöglich erscheinen ließen. Ich habe darauf hingewiesen, daß bei den weitgehenden Meinungsverschiedenheiten der Parteien innerhalb der hiesigen Reichstagsparteien über Art und Umfang einer Wahlrechtsreform keine Möglichkeit gegeben sei, die bestehenden Gegensätze zu überbrücken und eine Verständigung über eine auch für die Regierung annehmbare Wahlreform herbeizuführen. Ich kann nicht anerkennen, daß sich die Verhältnisse in dieser Beziehung geändert haben, vielmehr haben die Verhandlungen über den Antrag Kronau am Schluß der letzten Session ganz deutlich bewiesen, daß eine Klärung und Annäherung der Parteien nicht stattgefunden hat (Sehr richtig! richtig!), daß sogar die bestehenden Gegensätze sich eher verschärft haben. Ich glaube, daß die Reichstagsparteien die Wichtigkeit dieser Aufgabe behauptet haben. (Sehr wahr! richtig!) Daher würde eine Wiederaufnahme der Wahlrechtsreform zweifelhaft sein.“

Dann behauptete der Minister, daß die famosen Ausführungsbestimmungen zum Feuerbestattungsgesetz nicht dazu bestimmt seien, die Ausführung des Feuerbestattungsgesetzes zu verhindern. Um so größer aber wurde die Sprache des Ministers, als er zu den Reichstagswahlen kam. Den Kern der Rede, daß sie trotz diesem Vermissen die Ängstlichen der Sozialdemokratie weder beruhigen, noch viel weniger widerlegen konnte, benutzte er durch eine Fälschung langjähriger Wahlrechtsausführungen über die sozialdemokratische Volksausführung. Und dann ging es den Beamten an den Kronen, die trotz aller norddeutschen allgemeinen Aufreiter für die Partei der arbeitenden Menschen geschimmt haben. Treu und Glauben, Ehre und Pflichtgefühl wurde diesen Beamten abgeprochen, und zum Schluß wurden sie noch mehrfach als Lügner und Schmeichler tituliert, wenn sie es nicht vorzogen, aus dem Staatsdienst auszutreten und sich ausserhalb der Sozialdemokratie anzuschließen. Wenn der Minister die Wirkung dieser hüben Rede in den Beamtenbergen so kontrollieren könnte, wie er die Prüfung der Jungfräulichkeit der zur Feuerbestattung bestimmten Leichen angeordnet hat, — er würde sich wohl wundern, wie sie die Lieberzeugung verliert, der die Beamten am 12. Januar mit dem Stimmzettel Ausdruck gegeben haben.

Aber wie kommt es nun überhaupt dieser Wutausbruch miten, wie wirkungslos mitten alle Trohungen und Unschuldsfalschungen an, nachdem sie trotz oftmaliger Wiederholung nicht gelindert haben, daß 4 1/2 Millionen Stimmen für die Sozialdemokratie und über 7 Millionen Stimmen für die Opposition abgegeben wurden?

An der Sitzung ist somit nur noch die Rede des freisinnigen Führers Herrn v. Jellisch hervorzuheben, der unter merkbarer Zurückhaltung der sonst an ihm gewöhnlichen Schärfe nach Gründen für den Wahlausfall suchte, durch den ja gerade seine Partei so vernichtend getroffen wurde. Zwar ist der schlaue alte Herr, als wäre er sitzlich entrüstet über den Wahlausgang, der sich gegen die Unfertherheit wehrt, aber er unterliegt nicht, einige der Elemente dieser Gefühle der Massen festzuhalten, und sogar Herr v. Jellisch forderte zum Schluß einige Maßregeln gegen die Vorherrschaft des Großgrundbesitzers.

In einer Geschäftsordnungsberatung fertigte Genosse Fritsch den Herrn v. Dallwitz gründlich ab, indem er es sehr richtig als junkerliche Frechheit bezeichnete, daß Herr v. Dallwitz es sich erlaubt hätte, ihm vorzuwerfen, daß er niedrige Vergriffe von Treu und Glauben habe und der Lüge und Heuchelei das Wort rede.

Die Schimpfkanonade des Herrn v. Dallwitz auf die Beamten, die bei den Reichstagswahlen sozialdemokratisch gewählt haben, hatte nur den strategischen Zweck, einen Hinweis zu geben. Das geschah freilich in der ungeeignetsten Weise der Welt. Der preussische Polizeiminister hätte besser getan, nicht über Verletzung von Treu und Glauben, über Lügner, Heuchler, Eidvergeßene und Eidbrecher zu jammern in einer Rede, in der er eben zuvor auch mitgeteilt hatte, daß die Regierung gar nicht daran denke, eine neue Wahlrechtsvorlage einzubringen.

Für den kleinen Beamten soll der Dienst eine Kette sein, an der ihn die großen Herren durch das ganze Leben führen, selbst in die geheime Wahlzelle, wo er doch als freier Bürger nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden soll. Wacht er sich aber für diesen einen Augenblick wie er darf und muß, frei von der Bevormundung seiner Vorgesetzten, dann schimpft man in ohnmächtiger Wut hinter ihm her, und

kein Ausdruck der Polizeivacht ist zu schlecht, um ihn nicht damit zu bezeichnen.

Für die großen Herren natürlich gilt die Pflicht zu Treu und Glauben nicht. Sie dürfen ihre heiligsten Versprechungen brechen, dürfen sie brechen unter den niedrigsten, abernichten und lächerlichsten Vorwänden. Und wer sie daran zu erinnern mag, daß Worte gegeben werden, um gehalten zu werden, der ist für sie ein Feind, der ins Loch gehört.

Warum will denn diese Regierung auch im Jahre 1912 noch immer nicht das Wort einlösen, das sie im Jahre 1908 in feierlichster Form durch den Mund des Königs verplänzelt hat. Herr v. Dallwitz mag es: „Weil bei den bestehenden weitgehenden Meinungsverschiedenheiten über Art und Umfang der Wahlreform keine Möglichkeit gegeben ist, die vorhandenen Gegensätze zu überbrücken.“

Wann und wo gibt es denn eine Reform, über die sich alle Parteien von vornherein einig sind, über die keine weitgehenden Meinungsverschiedenheiten bestanden? Posttarife, Vertriebs- und Klottentverträge, Strukturverträge und tausend andere Geleche werden die ohne Kampf der Meinungsgegenstände gemacht? Und wann wäre es der Regierung eingefallen, auf solche Weise zu verziehen, sie auf den St. Nimmerleinstag zu verziehen, an dem es keine Meinungsverschiedenheiten mehr geben wird?

Am 20. Oktober 1908 ist die Wahlreform als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart anerkannt, ihre sofortige Inangriffnahme in Aussicht gestellt worden. Rühmt der Verfassers jener Thronrede nicht, daß es im preussischen Landtag „weitgehende Meinungsverschiedenheiten über Art und Umfang der Wahlreform“ gibt, hat die verantwortliche Regierung in schouderbarer Unkenntnis der Tatsachen den König zur vorläufigen Abgabe eines unerlässlichen Versprechens verleitet? Wohl, dann ziehe man die Minister zur Verantwortung! In Preußen ist ja nicht nur der Ministerpräsident, der inzwischen ausgeschieden ist, sondern das Gesamtministerium verantwortlich, dessen Vizepräsident damals Herr v. Bethmann-Hollweg war, der Minister des Innern, in dessen Ressort die Wahlreform gehörte.

Herr v. Bethmann aber, der die Verantwortung trägt sowohl für die Thronrede von 1908 wie für ihre Verhöhnung durch Herrn v. Dallwitz im Jahre 1912 — Herr v. Bethmann hat es vorgezogen, zu den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses überhaupt nicht zu erscheinen!

Kein Wunder, daß dieselbe Kohorte, die Herr v. Dallwitz weislich deutet, als er die Beamten in weissen Worten beschimpfte, in nicht minder lauten Pfeifen ausbrach, als derselbe Herr Minister die Rücktritt der Regierung ankündigt, ihr eigenes Versprechen nicht zu halten. Man kennt genügend die Gesinnung dieser Leute, die den Bruch des gegebenen Wortes für ein Herrlichverbrechen, den Eidbruch für ein königliches Verbrechen halten, denen jeder Verrat an Treu und Glauben recht ist, wenn er ihrem eigenen Vorteil dient.

## Die Wirkung unseres Sieges in England.

Genosse Molkenbuder schreibt dem Vorwärts:  
Ich war einer der wenigen Genossen, die den ganzen Wahlkampf mit durchgemacht und doch in Deutschland nicht dem Jubel geschloß. — den die Wahltag der Stichwahlen hervorriefen. Als am 22. Januar die Wahlhandlung geschlossen wurde, sah ich im Abgeordnetenhaus nach Wiffingen auf der Reize nach Birmingham um im Wesen des englischen Imperialismus an dem Vortage der englischen Arbeiterpartei (Labour party) teilzunehmen. Daß man die Town Hall (Rathhaus) in Birmingham als Kongressort gewählt hatte, war an sich schon eine Demonstration; denn Birmingham Town Hall ist das Zentral in dem Joseph Chamberlain sein Unwandelliches des Imperialismus predigt. Birmingham ist die Stadt, in der Chamberlain ohne Widerspruch ins Parlament gewählt wird.

Chamberlain Birmingham eine Unvergleichlichkeit und eine Kunstakademie hat, in die Stadt eine Fabrikstadt, wie sie Bismarck in „Fort Jellien“ schildert. Unwahrscheinliche Lorenz liegt die Stadt in einem Teil der dortigen Fabrikation. Um auch den Reiben ihre Religion zu erhalten, werden dort nämlich Götzenbilder in großer Anzahl hergestellt. Die kommen Fabrikanten, die täglich für das Bestehen der Ungläubigen beten, während in Verzweiflung kommen, wenn die Reiben sich zum paritätischen Christentum bekennen und alle Götzen und Götzenbilder ins Feuer werfen würden.

Obwohl Birmingham in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts das Zentrum des Chartismus war, so gibt es heute wohl kaum in einer Großstadt des britischen Reiches eine Bevölkerung die in gleichem Maße für den Imperialismus eintritt, wie das Bürgertum Birmingham. Und doch behaupte ich, daß nur sehr wenig Parteien genossen in Deutschland solchen Jubel und solche Begeisterung über den Ausfall der deutschen Reichstagswahlen erlebt haben wie ich in Birmingham.

Von den englischen Imperialisten ist die Mär verbreitet, daß das deutsche Volk England habe und danach drängt, Großbritanniens in Kriege zu verwickeln. Jede englischsprachige Rede von Liebert, Bismarck, Krim und Komorien, die Kriegshöreren der Post, der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, der Hamburger Nachrichten usw. werden von den Imperialisten Englands als Versicherungen des deutschen Volkes verbreitet. Obgleich Friedensfreunde deckten mit dicker Sorge nach Deutschland, indem sie beschworen, daß für niemand sicher annehmen es werde ein imperialistischer Kriegstag großdick werden. Nun kamen die Resultate die aller Welt zeigte, daß das ganze Volk sich gegen den Imperialismus wendete. Das wies die allen Friedensfreunden wie eine Erleuchtung.

Einstimmig war man der Meinung, daß die deutschen Wähler nicht nur die deutschen Anhänger des Imperialismus niedergelassen,

sondern auch dem englischen Teil dieser gemeindefürlichen Seite, den Lebenshof verlegt haben. Ein alter Großindustrieller, der 6000 Arbeiter beschäftigt und ein besonderer Philanthrop ist, erklärte mir, daß er sich kein Urteil über die Wirkung des Ausfalls der Wahl in Deutschland erlauben könne. Aber sagte er, in Großbritannien hat er mindestens die Bedienung wie der Sturz der unionistischen Regierung durch die Parlamentswahlen von 1906. Damals hat Englands Volk die Imperialisten aus der Regierung entfernt, und jetzt habe Deutschland den Imperialismus völlig zerstört.

Nach größer wurde aber die Wirkung auf die Arbeiter sein. In welchen Kreisen der Arbeiter bestrebe immer noch Zweifel, ob die Arbeiterklasse je durch selbständiges Auftreten bei den Wahlen Erfolg erzielen könne. Der Wahlerfolg der deutschen Sozialdemokratie sei ein Argument, mit dem man auch den laudablen englischen Arbeiter aus seiner lethargie aufrütteln könne und sehr bald werde bei der englischen Arbeiterklasse der Entschluß reifen, es den deutschen Arbeitern nachzumachen. Selten auch bei den Streiks des letzten Sommers fundamantistische Redenungen zutage getreten, so werde sich hier bald ein Umschwung bemerkbar machen, denn der Sozialismus lebe von der Behauptung, daß die Vertreter der Arbeiterklasse in den Parlamenten stets eine schwache, von anderen Parteien abhängige Gruppe bleiben werden.

Urteilen so die Leute, die der Arbeiterpartei fernstehen, so ist es erklärlich, daß die Sieger der deutschen Sozialdemokratie bei der Arbeiterpartei geradezu unbegreifliche Begeisterung hervorriefen. Auf dem Kongress waren 470 Delegierte aus allen Gebieten und allen Gegenden des britischen Reiches vertreten. An jedem Sitzungstage wurden neue Wahlsieger mitgeteilt, und jede Einzelnachricht belagerte die Begeisterung. Mehrfach erhoben sich alle Delegierten von den Sitzen und gaben ihren Gefühlen durch Paraden und Zucherschreien Ausdruck.

Besonders bemerkenswert ist die Massenversammlung von Birmingham. In dieser war die Begeisterung Birmingham den Deutschen. Auch hier tief jede Erwähnung der deutschen Wahltag für den Fall hervor. Den impulsivsten Beifall fand aber H. C. Roberts, der sich in beinahe raffinierten Ausdrücken gegen die auswärtige Politik Englands wandte, die England in Gegenwart zu Deutschland bringe. Er lud hervor, daß die Politik England zum Vordringens des blutdürstigen kaiserlichen Imperialismus mache während Englands Volk auf der Seite des geschichtlichen Volkes stehen solle, das Leben und Freiheit einsetze um den Imperialismus zu stürzen. In dieser Versammlung trat deutlich zutage, daß selbst im imperialistischen Birmingham die Freiheitstheorie die Thronrede befehle. In dem Wahlergebnis erblieht man einen Sieg der Freiheitstheorie. Das schmerzliche militärische Deutschland wird mit Misstrauen angesehen. Jetzt wurde man annehmbar überrascht, indem man plötzlich sah, daß die radikalsten Kriegshöreren in Deutschland eine verschwindende Minderheit sind, während die nach Freiheit ringende Masse, die auch für die Begeisterung des Friedens eintritt, bis überdies Mehrheit der Bevölkerung bildet. Weil man in dem Wahlergebnis eine gewaltige Friedensdemonstration erblickte, wurden die Gegner des Massenmordes zu dieser Begeisterung hingezogen. Selbst die internationalen Kongresse sind erbebende Demonstrationen für den Ausdruck internationaler Solidarität; niemals habe ich jedoch Szenen erlebt, in denen das internationale Solidaritätsgefühl mit so elementarem Gewalt zum Ausdruck kam wie auf diesem nationalen Kongress der englischen Arbeiter.

## Die portugiesischen Generalstreikswirren.

Lissabon, 31. Januar. In der Stadt sind Truppen aus verschiedenen Garnisonen zusammengezogen. Das 1. und 2. Kavallerieregiment, das 6., 8., 16. und 22. Infanterieregiment, das 2. Kanonierregiment, und das 4. Dragonerregiment, 1000 Mann der republikanischen Garde und zahlreiche Polizeimannschaften befinden sich in der Stadt. Lissabon hat das Aussehen eines Heerlagers. Ganze Eskadronen gingen gegen Volksmengen vor. Nach rechts und links wurde die Menge mit dem Säbel auseinandergerieben, bis sie nach allen Seiten flüchtete. Auf den Reihern wurden Bomben auf die angegriffenen Truppen geworfen, die schreckliche Explosionen herbeiführten. Schließlich trieben die Soldaten die Menge in die tiefer gelegenen Stadtteile zusammen, bis die Nacht herabkam. Bis jetzt wurden 3000 Verhaftete an Bord der Kriegsschiffe gebracht. Die Verhaftungen dauerten heute den ganzen Tag in großem Umfang an. Mit gezogenem Schwert wird heute Nacht in den äußeren Stadtteilen eine weitere Säuberung vorgenommen. In Setubal, Coimbra, Vila Franca und anderen Gegenden dauern die Aufstände an, auch Zusammenstöße sind vorgekommen. Die Regierung beschließt, den Belagerungszustand aufrecht zu erhalten, bis die Ordnung wieder vollkommen hergestellt ist.

Lissabon, 31. Januar. Als gestern nachmittags die Wagen der elektrischen Straßenbahn ihre Depots verlassen wollten, wurde eine Bombe gegen einen Wagen geschleudert, der vollständig zerstört wurde. Ein Kavallerieoffizier versuchte den Attentäter festzunehmen, der aber die Flucht ergriß. Der Offizier setzte ihn nach, als er sich ihm bereits beträchtlich genähert hatte, wendete sich der Attentäter plötzlich um und warf eine zweite Bombe auf den Offizier und beschwand unter der Volksmenge. Auch in anderen Gegenden der Stadt sind Bomben geschleudert worden. Eine deutsche Fabrik, deren Namen nicht genannt wird, wurde gezwungen, die Arbeit einzustellen. In Moita, in der Nähe von Lissabon, wurde der Bürgermeister von Kumpgebern mit einer Wg getötet.

Coimbra, 31. Januar. Die telegraphische Verbindung zwischen Lissabon und Setubal ist zerbrochen. Die Telegraphenbeamten werden auf dem Straken angehalten und von den Streikenden aufgefordert, sich dem Streik anzuschließen. Die Regierung hat kein Vertrauen zu der Lissabonner Garnison, weil Streikwilligen zwischen den

Stimmen und Wähler

umhan

In einem sehr gut behielten Wortausdruck...  
...berühmten...  
...eigenen...  
...in die...  
...eigenen...





# Soziald. Verein Dresden-Altst.

Freitag den 2. Februar, abends 9 Uhr

## Bezirks-Versammlungen:

1. Bezirk: Restaurant Fuchsbau, Schöffergasse 21
2. Bezirk: Restaurant Starke, Böllnerstraße 35
3. Bezirk: Adams Restaurant, Raulbachstraße 16
4. Bezirk: Braunschweiger Hof, Freiburger Platz
5. Bezirk: Dresdner Volkshaus, Ribbenbergstraße
6. Bezirk: Restaurant Vorrmann, Schnorrstr. 62

## Vorstands-Bericht

Nur Mitglieder haben Zutritt.

Sammellisten sind abzurechnen!  
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein

## Bezirk Radebeul.

Sonnabend den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr

## Mitglieder-Versammlung

im kleinen Saale der Goldenen Krone.

Tages-Ordnung:

1. Das Ergebnis der Reichstagswahlen und die Anwendung der gemachten Erfahrungen.
  2. Vereinsangelegenheiten.
- Das Erscheinen aller Mitglieder erbeten.  
Die Bezirksverwaltung.

## Kino Leuben

Täglich, außer Dienstag, geöffnet.

Mittwoch u. Sonnabend Programmwechsel.

Um recht zahlreichen Besuch bitten

Die Direktion.

## Bezirk Reichenberg

Die Gruppenführungen in den folgenden Capellen folgen:  
Reichenberg den 1. Sonntag  
Borsdorf den 1. Sonntag  
Wahnsdorf den 2. Sonntag  
Dippoldsdorff den 1. Sonntag  
Reichenberg-Maritzburg den 4. Sonntag

Die Parteizustellen werden ersucht, diesen Hinweis aufzunehmen.  
Die Bezirksverwaltung

Rest. Kiehlmanns, Tharandter Straße 84  
Tharandter Straße 84  
empfehlen seine Gastmännern eine gesunde, preisgünstige, bürgerliche, billige Mittagstisch.

Rest. Reisswitzer Park  
Tharandter Straße - Inh. P. Böhlich  
empfehlen seine Gastmännern eine gesunde, preisgünstige, bürgerliche, billige Mittagstisch.

E. Schurigs Restaur.  
14 Ziffstraße 14  
Grosser Mittagsstisch.  
Freitag 6.33. Schlachtfest  
Verkehrs-Lokal der Bodenrevisor

Radeberg.  
Restaurant Gut Heil  
Morgen Breiten

Schlacht-Fest!  
Sonnabend den 2. Febr.  
Kokos-Flocken  
Selbmanns Filialen

## Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Dresden und Umgegend.

## An alle Elektromonteuere u. Helfer!

Sonnabend den 10. Februar, abends 9 Uhr

## Branchen-Versammlung

im Restaurant Volkshaus, Wagnerstr. 13, kleiner Saal.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Brand
2. Branchenangelegenheiten
3. Verbandsangelegenheiten.

## An alle Heizungsmonteuere u. Helfer!

Sonnabend den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr

## Branchen-Versammlung

im Restaurant Volkshaus, Ribbenbergstr. 2, 1. Zimmer 4/5

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht 1911
2. Branchen-Angelegenheiten
3. Sonstige.

## An alle Zigarettenmaschinenführer!

Sonnabend den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr

## Branchen-Versammlung

im Restaurant Braunschweiger Hof, Freiburger Platz.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht 1911. Referent: Kollege Wiesner.
  2. Branchenangelegenheiten.
  3. Sonstige.
- Pünktliches Erscheinen erwartet  
Die Ortsverwaltung.

## Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Dresden und Umgebung

## Bezirk Kötzitz-Coswig

Sonnabend den 3. Februar, abends Punkt 8 1/2 Uhr

in der Börse, Coswig

## Wicht. Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Weisheit- und Kasernenbericht vom Jahr 1911 und vom 4. Quartal 1911.
  2. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.
- Pünktliches Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen erwartet  
Die Verwaltung.

## Verb. der Gemeinde- u. Staatsarbeiter Filiale Dresden.

Freitag den 2. Februar 1912, abends Punkt 8 1/2 Uhr

## General-Versammlung

im Volkshaus, Ribbenbergstraße 2, großer Saal

Tages-Ordnung:

1. Jahres- und Kasernenbericht für 1911.
  2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
  3. Verbandsangelegenheiten.
- Zahlreiches Erscheinen wünscht  
Der Vorstand.  
Die Mitgliederbücher sind an Casseingänge vorzugeben. Das Mitgliederbuch frei Zutritt.

## M.-G.-V. „Frisch auf“, Lentewitz und Umgegend

Abt. d. D. A. S. B., Bezirk Dresden.

## Generalversammlung

im Restaurant „Fürst Bismarck“.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen.

## Bekanntmachung

der Gemeinsamen Orts-Krankenkasse Kreischa.

Sonntag den 11. Februar 1912 finden die

## Vertreterwahlen zur Generalversammlung

statt. Zu wählen sind 48 Kasennmitglieder sowie 16 Stellvertreter. Die Wahlen finden statt von 2 bis 4 Uhr nachmittags im Gasthof Bobe, Langthuis, für die Mitglieder, die in Langthuis wohnen. Dippoldsdorff wohnen. Für die übrigen Mitglieder nachmittags von 5 bis 8 Uhr, im Gasthof zum Erbsgericht, Kreischa. Für die Arbeitgeber nachmittags von 2 bis 4 Uhr, im Erbsgericht, Kreischa. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Kasennmitglieder, die großjährig (21 Jahre alt) und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Arbeiter, die mit der Zahlung von Beiträgen im Rückstand sind, sind vom Stimmrecht ausgeschlossen. Kreischa, den 30. Januar 1912.

Der Kassenvorstand, V. Arnsperg, Vorl.

## Gasthof Goldene Krone, Radebeul.

Freitag den 2. Februar 1912

## Großer öffentlicher Maskenball

Es lautet ergebnis ein  
Heinrich Noack.

## Restaur. Micketner Baubörse.

Witten, Domplatzstraße 1, 2. Etage  
emp. sein schönem freundl. Lokalitäten. 80 Pers. inkl. Vereinstaggen.  
Asphalt-Loggia. Fortes und Geträke in bekannter Güte.

## Café Wien

Ammonstraße 43  
Obstweinstuben.  
Bedienung top-top!

## Achtung!

Sept

## alle Wintermäntel

fürs

## halbe Geld!

## Mäntel-Ulbricht

Freiberger Platz

Neustadt, Heinrichstr. 14/16

Kasse und geruch. Schützen

40-75 u. 110-180 Pf. bei

Max Wolf, Dresden

Am Schleichhaus 11. Tel. 1333

## + Damen +

empfehle nur bessere hygien.

Artikel und wenden sich bei

Sicherung vertrauensvoll an

Frau Fröhlich, jetz. Schleichstr. 23

# Inventur-Ausverkauf

beginnt am 2. Februar.

Derselbe bietet aussergewöhnliche Vorteile zum Einkauf in  
**Damen-Wäsche — Baumwollwaren**  
**Trikotagen — Strumpfwaren**

Führe, wie bekannt, nur gute und solide Waren. Es ist daher besonders zu empfehlen,  
vor dem Einkauf meine Schaufenster zu beachten.

Das Inserat erscheint nur einmal.  
Der Ausverkauf dauert nur kurze Zeit.

# E. Goliger

Spezialgeschäft in Damenwäsche, Baumwollwaren, Trikotagen und Strumpfwaren

Wettiner-, Ecke Zwingerstrasse 8

im Hause Hotel Wettin.

# Seefische billiger!

Täglich in feinsten, leben-frischer Ware eintreffend:

- ff. Kabljau ohne Kopf 28 Pf. im Viertel
- ff. Helg. Schellfisch 24 Pf. Pfund 48, 12, 36 und
- ff. Seelachs ohne Kopf 33 Pf. im Aufschnitt
- ff. Schellfisch 48 Pf. ohne Kopf, im Aufschnitt
- ff. Fischilet ohne Haut und ohne Knochen, Pfannenfertig zubereitet 60 Pf. Pfund
- ff. grüne Heringe, 5 Pfund 60 Pf.

ff. Heilbutt, Steinbutt, Seezunge, Goldbutt, Seehecht, Seeaal, Rotzunge, lebende Karpfen, Schleie, Aale, Hummer. Bestellungen ohne Preisauflage frei Haus.

## Dresdner Fischhallen

Telephon: 1034. Webergasse 17.

Rekonstruiert für den reibungslosen Betrieb: Paul Junnecke, Dresden-E. — Betriebsvorstand: Mit dem Untervorstand: Reinhold Richter, Dresden-Kaustig. — Trud von Raden u. Romp, Dresden

Sächsische Angelegenheiten.

Die sächsische Verkehrspolitik und das System Räger.

In der zweiten Kammer des sächsischen Landtags gab es in den letzten Tagen wieder einmal ausgiebige Eisenbahndebatten, bei denen die Mängel, die dem System Räger als markantester Zug ausgeprägt waren, scharf be- deutet und kritisiert wurden.

Die geringe Förderung des Ausbaues des sächsischen Eisenbahnnetzes mußte bei der raffiniert durchgeführten Heberleihschwärze der Regierung — fast ausschließlich auf Kosten der großen Masse und der Industrie natürlich! — auf die Dauer geradezu aufreißend wirken.

Am Dienstag endlich saßen sich die liberalen Kräfte ein Herz und verbanden den fern vom Saubereitenden Alt- Minister Räger und seine Finanz- und Verkehrspolitik in Grund und Boden, und da sie einmal dabei waren, kam auch der neue gleich mit auf die Sühnbühne.

Und der Minister v. Scudensky, der doch gewiß glaubte, alles getan zu haben, was sich hinsichtlich des Baues neuer Eisenbahnlinien nur einigmaßen mit seinem Finanzministeriums Gewissen vertrug, war ganz betreten ob der Kritik, die ihm ausnahmslos vom ganzen Saule begegnete und Zeugnis ablegte von der Erbitterung und dem Stolz, der im Volke über die sächsische Eisenbahnpolitik herrscht.

Der junge Minister erriet aber nur die Brüche der Fäden seines Vorgängers und seiner eigenen mit. Denn bis vor kurzem gab man in Sachsen ruhig zu, wie die preußische Eisenbahnverwaltung den Durchgangsverkehr an sich zog und Sachsen schwer benachteiligte, man tat nichts aber nur wenig, den Durchgangs- und Eisenbahnverkehr mit besseren Verkehrsmitteln zu fördern und auszubauen, nur mit äußerstem Widerstreben und gegenwärtig entschloß sich die Regierung zum Bau neuer und zum Ausbau alter Linien und Verkehrsanlagen, von einer Verkehrsbedarfsrechnung auf den Neben- und Verbindungsbahnen will man heute noch nichts wissen, die Güter- wie Personenbahnhofsverhältnisse in wirtschaftlichen Verkehrszentren wie Jüdisau und Plauen u. sind skandalös und werden zum Schicksal des steigenden Publikums, die Einrichtung von Automobil- linien überläßt der Staat dem Privatkapital, hat sie selbst zu übernehmen und auch rationell auszugestalten.

Und in ihrer Haltung gegenüber den Staats- und Eisenbahn- arbeitern ist die Regierung und Eisenbahnverwaltung reaktionär bis auf die Knochen. Das ist so unpassend ein naturgemäßes Spiegelbild der Verkehrspolitik, wie sie sich in Sachsen gestaltet hat und das zu ergänzen wäre in tausend Einzelheiten vom Finanzministerium und der Generaldirektion angefangen bis hinunter auf die kleinste Stationelle, soweit es den inneren Betrieb, die eigentliche Organisation unseres Verkehrswezens anlangt.

Es ist charakteristisch für die Auffassung des neuen Finanzministers, daß er auch nach den eindringlichen Vor- warnungen, die ihm bezüglich des rationalen Ausbaues des Eisenbahnnetzes nach einem festgelegten Plane und zwar im Interesse unserer Industrie und Volkswirtschaft und nicht zuletzt im Interesse des Staates und seiner Bevölkerung selbst gemacht wurden, sich strikte ablehnend verhielt. Er begründete dies damit, daß bereits die gegenwärtig in Aussicht ge- nommenen Linien zirka 55 Millionen Mark und darüber der Ankauf von Braunkohlefeldern auch noch zirka 50 Millionen Mark koste. Die letzteren werden wahrscheinlich erst in 20 bis 50 Jahren einmal für den Staat nutzbar gemacht werden können, aber die Verkehrspolitik des Landes macht unendlich darunter leiden, weil die Regierung die Häufung neuer Mittel verweigert und sich einseitig darauf beschränkt hat, die Schuldenlast des Staates zu verringern, ohne bei ihrer Finanzwirtschaft die Steuerzahler auf der andern Seite zu entlasten.

Obgleich unwillkürlich muß man auf die gerechtfertigte Ver- wahrung kommen, daß die Regierung mit dieser verkehrs- politischen Politik nichts anderes bezweckt, als die Interessenten, Streik und Kommunen an der Spitze zu halten und sie auf der anderen Seite ihren Zwecken dienlich zu machen.

Und deshalb war es eine unabwendbare gerechtfertigte Pflicht der zweiten Kammer, als sie am Dienstag die Re- gierung in sehr deutlicher Form aufforderte, mit dem Rägerischen System zu brechen, neue bessere Wege im Interesse des ganzen Landes einzuschlagen und mehr Dampf hinter ihre Verkehrs- politik zu machen.

Die Konservativen und das Volkswirtschafts- ministerium.

Nach einer Mitteilung in der bürgerlichen Presse hat sich Dr. P. v. der Vorsitzende der konservativen Fraktion, also über das Volkswirtschafts- ministerium geäußert: Die konservativen Fraktion hat ihre Vorstellungen über den Volkswirtschafts- minister nach nicht beendigt. In dem Entwurf aber jetzt schon so viel annehmen zu dürfen, daß sie dem Entwurf in den

wesentlichen Punkten durchgängig ihre Zu- stimmung nicht verweigern wird. Je mehr wir von Seiten unserer Fraktion die Schwierigkeiten zu würdigen wissen, die sich gerade in der Gegenwart mit ihren vielfach unausgeglichenen, ja häufig genug geradezu gegensätzlichen Bestrebungen auf dem Ge- biet des Volkswirtschafts einmühsamer entgegenstellen, um so mehr erkennen wir an, daß es der Entwurf, geknüpft auf die in Sachsen besonders reichen Erfahrungen auf diesem Gebiete und unter gewissenhaftester Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse der beruflichen Kaufmänner und sonstigen Beteiligten, ver- standen hat, bei der Verwirklichung seiner Reformbestrebungen mit fester Hand das an der Oberfläche Liegende von dem Tiefenliegen- den, bloße Inge- und Geistesleistungen von dem Bleibenden zu unter- scheiden, und insbesondere bei den Vorarbeiten über den inneren Betrieb bei allem Einverständnis gegen die Verteidigung methodischen und materialistischen Fortschritts doch das Ganze auf den Grund- lagen fest zu legen, die bisher die Voraussetzung der ethischen Stärke und Bedeutung unseres Volkes gebildet haben und aller An- nahme nach auch ferner bilden werden.

Schwere Bedenken hat es bei uns erregt, daß eine Anzahl neuer Einrichtungen im Entwurf sich nicht verwirklichen läßt, ohne daß die schon jetzt vielfach überzogenen Anforderungen an die finanzielle Leistungsfähigkeit der Schulgemeinden eine weitere Steigerung erfahren würden.

Man sieht, die Reaktionsäre sind zufrieden mit dem Kultusminister und seinem sächsischen Entwurf! Wir verstehen das durchaus. Läßt der Entwurf doch im wesentlichen alles beim alten; ja, er kommt den konservativen Wünschen in einer Weise entgegen, daß er kaum hätte anders ausfallen können, wenn er in der konservativen Fraktion ausgearbeitet worden wäre.

Die Rüge Dr. Stresemanns.

Wie man jetzt — so schreibt man uns — in Zeitungen lesen kann, hat die Frau eines Stadtrats im 21. sächsischen Reichstagswahlkreise eine Aufforderung zur Sammlung einer Dr. Stresemann-Stiftung losgeschleudert. Dies erinnert an ein Vorkommen aus der Zeit nach der Wahl von 1907. Als bei diesen Pottenwahlen der nationalliberale Schornmader Stresemann den Sozialdemokraten Grenz, der bis dahin den Kreis vertreten hatte, verdrängte, brachten bürgerliche Wähler, u. a. die nationalliberale Dresdner Zeitung, nachschießenden Reim, der angeblich im 21. Kreise von Mund zu Mund ging:

Unser Freund ist grenzenlos, Wenn wir sind den Grenz jetzt los, Mutter, leg die Rüge an, Den größten, den kriegt Stresemann.

Man sieht, die Zeiten haben sich geändert. 1907 bekam Dr. Stresemann Rüge und jetzt soll er Geld bekommen. Ob er das Geld für sich als Preis für die fünfjährige Vertretung des Kreises bekommt oder damit noch ungenutzte Wahl- versprechungen begleichen soll, ist ja Nebensache. Unser Mißbehagen erinnert aber daran, daß sich die Zeiten geändert haben. Gewisse Grenz ist wieder Reichstagsabgeordneter, Dr. Strese- mann liegt auf der Erde und die Dresdner Zeitung ist bankrott.

Die Automobilplage.

Mehrere sächsische Gemeinden haben eine Petition an den Landtag gerichtet, worin Maßnahmen gegen den Automobil- verkehr auf Landstraßen, besonders aber bei Fahrten durch den Ort gefordert werden. Aus Klein-Schirma wird unter anderem mitgeteilt: Obwohl durch Lasten ein Tempo von 15 Kilometern für Automobile vorgeschrieben ist, laufen die Automobile mit Geschwindigkeiten von 50 bis 60 Kilometer durch den Ort und möglichen das Tempo selbst beim Be- gegnen mit Verkehrshinigen nicht. Die Gemeinde hat die Stände ersucht, Klein-Schirma durch staubfreie Herstellen der Staats- straße wenigstens von der von den Automobilen erzeugten Staubplage zu befreien.

Bei der Behandlung dieser Eingabe in der Petitions- Deputation erklärten die Vertreter der Regierung unter anderem: Gegen die Rücksichtslosigkeit der Kraftwagenführer könne die Regierung nur recht wenig tun. Hier helfe nur ebenso rücksichtslose Strafmaßnahme. Die wirksame Bekämpfung der Staubplage sei unendlich schwierig und vor allem schwer, die hierzu erforderlichen Kosten aufzubringen. Die Veruche mit Staubbindemitteln hätten allerdings mit geringen Aus- nahmen zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Das beste Mittel bleibe die Kleinemulsenierung der Durchgangs- straßen innerhalb der Ortsgrenzen. Die Durchführung dieser Maßnahme sei aber nicht Aufgabe des Staates, sondern der Ge- meinden. Der Staat werde jedoch die Gemeinden nach Kräften unterstützen. Es sei überhaupt angebracht, die Verkehr- von Kraftfahrzeugen zu den Kosten heranzu- ziehen, die für den Bau und die Unterhaltung der Straßen aufgewendet werden müssen, doch sei die Lösung dieser Frage nicht leicht, da die Wiedereinführung von Abwasser- oder Pflastergebühren Verkehrsbehinderungen im Gefolge habe. Vielleicht ließe sich der Zweck erreichen durch Aus- gestaltung der Reichsautobahnsteuer. Die Regierung habe übrigens die Polizei angewiesen, gegen Übertretungen der Kraftwagenführer ohne Rücksicht einzuschreiten. Auch sollen die Prüfungsvorschriften für Führer von Kraftfahrzeugen schärfer gehandhabt werden, um unzuverlässige Elemente möglichst auszuschließen.

Die Regierung richtet sich besonders gegen die Kraft- wagenführer. Diese fahren aber zumeist doch nur deshalb rücksichtslos drauf los, weil es der auf weidern Posten dahinter sitzende Herr es so verlangt.

Eine Warnung vor dem höheren Studium

erlassen gemeinsam der sächsische Justizminister und das Kultusministerium. Darin heißt es: Das Ministerium des Innern und öffentlichen Unter- richts läßt den Direktoren eine Liste des Justizministeriums in Abdruck zugehen, in der alle Abiturienten, die keine aus- gesprochenen Neigung und Befähigung zum juristischen Berufe besitzen, der Zugang zum juristischen Studium ernst- lich widererzählt wird, und veranlaßt die Direktoren, sie den Abiturienten dieses und der nächsten Jahre in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen. Gleichzeitig sollen die Abiturienten auch vor der nur durch äußere Gründe bestimmten Wahl des höheren Lehrberufs nachdrücklich gewarnt werden. An der Universität Leipzig und

den übrigen deutschen Universitäten wächst die Zahl der Philologie, Mathematik oder Naturwissenschaften Studierenden von Jahr zu Jahr, so daß die Kandidaten des höheren Schul- amtes, die in Sachsen kein Unterkommen finden, auch nur geringe Aussicht auf Anstellung außerhalb des Landes haben.

Wirtschaft in Sachsen.

Über die letzte Viehzählung im Königreich Sachsen, die im Dezember 1911 vonstatten ging, liegt jetzt das im Statistischen Landesamt vorläufig ermittelte Zählungsergebnis vor. Danach betrug die Zahl der Pferde im Königreich Sachsen 174 497, der Kühe 609 058, Schafe 706 739, Schafe 52 972 und Ziegen 126 724. Seit dem Jahre 1909 hat sich danach der Bestand der Pferde in Sachsen um 7767, d. h. 4,66 Proz., vermehrt. Ebenso weisen die Schafzählung seit dem genannten Jahre eine Zunahme um 124 786, d. h. 22,32 Prozent, auf. Verringerung hat sich der Bestand an Rindern um 19 294, d. h. 2,89 Proz., der Schafe um 21 856, d. h. 2,92 Proz., und der Ziegen um 13 072, d. h. 9,35 Proz., gegen das Vorjahr hat der Viehbestand im Jahre 1911 dagegen infolge der geringen Erträge an Futtererzeugnissen und Futterpflanzen eine ziemlich erhebliche Abnahme erfahren. Dazu kam noch, daß im vergangenen Jahre die Maul- und Ruhrkrankheit besonders heftig auftrat und viele Geschäfte ergriff. Nicht nur größere Bestände an Viehbeständen sind durch diese Seuche zu beklagen auch die ganzen Viehbestände haben unter ihr ungemein zu leiden gehabt. Neben der geringen Futterernte ist es wohl in der Hauptsache der Maul- und Ruhrkrankheit zuzuschreiben, daß bei der Zählung am 1. Dezember 1911 die Schafzählung zum erstenmal wieder seit 1908 einen Rückgang aufwies. Das Viehbestandsverhältnis für Sachsen, das sich wegen der Verteilung der Seuche für viele Gebiete auf längere Zeit nötig machte, hatte ein drückendes Sinken der Viehpreise zur Folge, das viele Schweine- züchter sich veranlaßt haben, den Viehbestand des eigenen Haushaltes ganz oder teilweise durch Ferkelzuchtungen zu decken, was sich durch die Zahl der Ferkelzuchtungen laufender Ferkel bei der diesjährigen Zählung besonders bemerkbar macht. Die einzige Viehzuchtart, welche keinen Rückgang aufweist sind die Pferde. Das ist ein Zeichen, daß trotz der starken Zunahme der Kraftfahrzeuge immer noch mehr Pferde gebraucht werden, aber wohl hauptsächlich für Industrie und Handel; denn in der Landwirtschaft wird bei den ungenügenden Futterverhältnissen kaum eine Vermehrung der Pferde stattgefunden haben. Im Jahre 1893, wo die Viehbestände ähnlich lagen wie 1911, ist die Gesamtzahl der Rinder in einem Jahre von 1892 bis 1903 um 52 000 Stück oder 7,8 Proz. zurückgegangen während 1910 bis 1911 der Bestand 21 412 Stück oder 3,1 Proz. betragen hat. Bei den Schweinen war allerdings damals eine Zunahme von 20 233 Stück oder 4,7 Proz. zu verzeichnen, der eine Abnahme von 8963 Stück oder 1,3 Proz. im vergangenen Jahre gegenübersteht.

Kleine Nachrichten aus dem Lande.

Zu dem Unglücksfall in der Maschinenfabrik von H. Juch in Freiberg bei dem ein Arbeiter das Leben einbüßte ein anderes schwer verletzt wurde, wird noch gemeldet: Der Verstarbene, dem die Bedienung eines Schweiß- apparates oblag, hat anscheinend bei Reinigung und Wiedereinstellung dieses Apparates die nötige Vorsicht außer acht gelassen und dadurch die sich entwickelnden Gase zur Explosion gebracht. Hierbei wurde der Gasbehälter herausgeschleudert. Dieser traf den Schloßer Koch so heftig an den Kopf, daß er kurze Zeit darauf starb. Weiter wurde noch der auf einer Galerie arbeitende Tischlerlehrling Kroggenitz von dem Gasbehälter herab geschleudert, der einige Wochen für sein Leben bedroht. — Auf der Modelbahn des Wäldschwalber Berges bei Döhlen schwer verunglückt ist der Stellmacher Gen- dorfes mit seiner Frau. Sie fuhren darauf gegen einen Baum, daß der Mann eine Brustknochenverletzung und Kopfverletzungen, die Frau eine leichte Gehirnerschütterung davontrug. — Rad- fahrer haben in der Nähe von Döhlen einen Unfall erlitten. Ein Radfahrer wurde beim Überqueren einer Straße von einem auf dem Rittweg befindlichen Pferd schwer verunglückt. Arbeiterin Frau Kreuzdorf. Am Dienstag erlitt sie im Wagner sächsischen Krankenhaus der Tod. Die Frau starb, wie selbsterklärend, beim Arbeiten in der Rittwegschleife auf die Tenne herab und ließ sich dabei einen Rechenstiel in den Leib. In der Verlebens- berichterung nicht nur der Obmann seine arbeitsame Lebensgefährtin, auch acht noch unerzogene Kinder haben ihre Mutter ver- loren. — Bei der Feuerbrunst die in der Nacht zum Sonntag in Schneeberg in der Rittwegstraße wüthete, sind auch 45 wert- volle Leubner verbrannt. Ferner verbrannten einem Aus- schußelastlose Folgen die einer Firma in Plauen gehörten. Der unter dem Verdacht der Brandstiftung festgenommene Gehilfen- besitzer wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft dem dortigen Amtsgericht zugeführt. — Infolge Ueberfahrens eines durch den bahnerregangenen Güterzug 8250 verlorenen Puffers entgleiste gestern früh 5 Uhr auf der Strecke Döhlen-Plauen ein in der Nähe von Plauen befindlicher D-Zug 21. Personen wurden nicht verletzt. Der D-Zug 131 wurde aber halbe gerollt.

Stadt-Chronik.

Der Schrei nach dem Rabi.

Die Dresdner Neuesten Nachrichten sind wäh- rend der Wahlkampfes trotz ihrer „Unparteilichkeit“ den ver- schafftesten Rabi über die Sozialdemokratie und die Arbeiter- schaft zusammenzusetzen, um dadurch bei den Feinde-Männern Ansehen zu gewinnen, sind jetzt zum Rabi gelaufen und haben uns verklagt. Die am Kopfe unserer Beilage in den letzten Tagen veröffentlichten Feilen, in denen das Birken dieses Blattes kurz und bündig gezeichnet war, haben es ihnen angetan, darum haben auch die Herren der Dresdner Neuesten Nachrichten das Strafgeleitzbuch durchstöbert und glauben uns mit einer Klage bangen machen zu können. Erreicht haben sie vorläufig nur, daß die Feilen nicht weiter veröffentlicht werden dürfen.

Über nicht nur wir sind der Meinung, daß die Dresdner Neuesten Nachrichten während des Wahlkampfes eine selbst „unparteiliche“ Stellung eingenommen haben. So schreibt z. B. die ultramontane Sächsische Volkszeitung in ihrer heutigen Nummer:

Die Dresdner Neuesten Nachrichten haben während der Wahl- zeit eine der Sozialdemokratie feindliche Stel- lung eingenommen, in sie haben sogar Inserate für Dr. Oring- gebacht, allerdings gegen Bezahlung. Das wurde von den bis- herigen roten Freunden sehr übel vermerkt. Klug gab da der Verlag, um „Widerwärtigkeiten vorzubeugen“, die Erklärung ab, daß die Inserate jeder Partei aufgenommen werden, denn die „Reaktion“ hat mit dem Inseratenteil nichts zu tun“. Ein recht — wie sollen wir uns milde ausdrücken — orientalisches Geschäfts- geist. Da wurde uns allerdings erzählt, daß trotzdem ein Inserat für Grundwasser abgelehnt worden sei. Oder geschah das auch von der Inseratannahme? Nein, es hätte der Reaktion nicht in den Raum

Vertical text on the left margin: rbeiten, ung, Wahl der, ernand, eige, Cae, ung, ung, Freischa, nmlung, beul, uball, öse, ien, ag!, äntel, eld!, el- cht, atz, 1416, hygien., 48, se 17.

gepielt, wenn die Welt auf einmal sein meeres antinationaler...

Wir wollen uns für heute aller weiteren Ausführungen...

Konsumverein für Elbtal und Umgegend.

Auf den 30. Januar, abends 8 Uhr, war eine außerordentliche Generalversammlung des Konsumvereins für Elbtal und Umgegend...

Kann ein Schmiedefabrikant entlassen werden?

Ein interessanter Rechtsfall ist schon dem k. O. Oberverwaltungsgericht entschieden worden. Dem Schmiedefabrikanten G. u. S. dem zuletzt lebenden des Stadts...

halten habe. Der Kreisauschuss bemerkt hierzu, daß sich hieraus allein noch nicht die Unregelmäßigkeiten erklären...

Vermittler oder kaufmännischer Angehörter?

Zu der Frage, ob ein Darlehensvermittler zu den Handlungsgehilfen oder Gewerbetreibenden zu rechnen ist...

Freder Wahlschwindel.

Zu der neuesten Dresdner Wahllüge, die in Berlin in die Welt gesetzt wurde und auf die wir gestern hinführen...

Werden die Berliner Zeitungen nun endlich jenen Lügenpeter abhändeln?

Der Mitgliederbestand bezieht sich Ende des Monats Dezember auf 130.400, und zwar 74.902 männliche und 55.514 weibliche Versicherte. Anmeldungen erfolgten 13.148...

Kritikkrankenkasse Dresden.

Die starke Verkehrsunahme läßt es wünschenswert erscheinen, daß die Diensträume des Postamts 24 am Hauptbahnhof erweitert werden. Dies ist aber...

Treppen-Altstadt und die Eisenbahn. Letztere befindet sich jetzt beim Hauptpostamt. Durch die Zentralisation der Verwaltung...

Schlittenbahn in Dresden. Das Tiefbauamt des Rates hat eine Reihe von Straßenzügen bestimmt, die bei Schmelz...

Drei Stad hoch aus dem Fenster gestürzt hat sich gestern Mittwoch abends 8 Uhr, in Altbülow Nr. 14 ein 16 Jahre alter Arbeiter...

Verbandskalender für Freitag.

Sozialdemokr. Verein Dresden-Mitte. Abends 8 Uhr Besprechung in der bekannten Kantine...

Gerichtszeitung.

Schöffengericht.

Das Amtsgericht geht heute jezt dem Kaufmann Friedrich Wilhelm Hermann Hegebold, der sich wegen Betrugs in zwei Fällen...

Spiel und Arbeitslosigkeit drohten den 1887 geborenen Nidderhölischen Karl Otto Rensch das Spiel verleidet, bei seinem Meister...

Geschworenengericht.

Zeugenmeinung. Die 37jährige Aufwärterin und Tischlerhilfsarbeiterin Karita Kattic geschickte Langloh aus Teuben ist...

Briefkasten.

Ein B. N. Pöhnig. Darüber enthält die Verfassung eine besondere Bestimmung. Ein B. N. K. Herrmann. Ihre Frage ist ganz unklar...

Victoria-Salon Das neue brillante Februar-Programm. Anfang 8 Uhr, Sonntag 4 Uhr und 8 Uhr. Im Tunnel: Die lustigen Hamburger. Anfang 7,48 Uhr, Sonntag 4 Uhr.



Sächsischer Landtag.

11. Kammer.

36. Sitzung vom 31. Januar, vorm. 11 1/2 Uhr.

(Fortsetzung.)

Hr. Hofmann (konf.) erklärt, daß es seinen politischen Kreisen nicht leicht geworden ist, für was sie sich entscheiden sollten...

Hr. Günther (fortsch. Volksp.) bedauert ebenfalls, daß die Verhandlungen vom 12. Juni 1911 geheimgehalten worden sind...

Hr. Zimmermann (Soz.): Mit der Überweisung der Denkschrift an die Deputationen sind wir ebenfalls einverstanden...

Hr. Finanzminister v. Sedewitz erklärt, daß die Regierung keine Verhandlung gehabt habe, die Denkschrift geheim zu halten...

Hr. Neust (konf.): Wir sind immer für einen gesunden Fortschritt gewesen und aus diesem Grunde haben wir auch die unerschrockensten Anregungen des Hr. v. Niemhammer bejaht...

Hr. v. Brodau (fortsch. Volksp.) tritt für eine Vereinfachung der inneren Dienstverhältnisse hinsichtlich der Fahrfortenausbau...

Hr. Weichert (Soz.): Die Angelegenheit befindet sich noch im Anfangsstadium, deshalb konnte der Hr. Hofmann aber auch noch keinen Beweis vom Hr. v. Niemhammer für die Nichtigkeit seiner Vorwürfe verlangen...

Parteiangelegenheiten.

Ein Wahlverfahren zu Anrecht verboten. Das preussische Oberverwaltungsgericht hat schon wieder einmal den Behörden das Verlangen ausgedrückt, daß sie das Reichswahlgesetz nicht beachten...

mit der Begründung, daß mit dem Aufzuge Gefahren für die öffentliche Sicherheit verbunden sein würden...

Totenliste der Partei.

In Reudorf ist am 30. Januar Genosse Alexander Jönass gestorben. Er war einer der ersten Redakteure des Reudorfer Parteiorgans, der Volkzeitung...

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Aus der Kassenartikelfirma der Holzbildhauer.

Die in dieser Branche beschäftigten Holzbildhauer haben mit den schwierigsten Arbeitsverhältnissen zu kämpfen. Zurzeit stehen sie in einer Reihe von Orten in Lohnkämpfen...

Es handelt sich in diesen Geschäften überwiegend um die einfachsten Arbeiten, um Behälter für Stapel- und Zugschmelze, die nach Dutzenden und pfundweise berechnet werden...

Trotz festgesetzter Gehälter konnten die bei einer Möbelfabrik in Osnabrück beschäftigten, im Zentralverein der Bildhauer organisierten Holzbildhauer eine mehrmalige Verzögerung der Löhne nicht erdulden...

Aus den verschiedenen Berufsständen wurden schon Unorganisiert herangezogen und zu dieser Art von „Schlichtung“ herangezogen, wie auch ungelernete Arbeiter als sehr geeignet zu Hausarbeiten angesehen werden...

Die Schlichtung müßte die Lohnverhältnisse in dieser Branche sein, wenn auch die Christlichen sich aufgerafft haben, mit den freigewerkschaftlichen Organisierten in Schönlank gemeinsam in eine Bewegung einzutreten...

Vorfälle.

Achtung! Rückenmacher!

In Berlin sind die Kollegen und Kolleginnen der Milchküchensbranche ausgepörrt, weil sie sich die Ausübung der Arbeit nicht ruhig gefallen lassen konnten...

Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß in den Dresdner Neuesten Nachrichten in der Nummer vom 26. Januar eine Annonce stand, in der Rückenmacher nach Berlin gesucht wurden...

Aus der Metallarbeiterbewegung.

Die Verwaltungsstelle Dresden vertritt ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1911 und ist aus demselben folgendes zu entnehmen: Die Konjunktur war eine allgemein gute, was auch aus der Summe der bezahlten Arbeitslosenunterstützung ersichtlich ist...

zeit bestehen in Dresden 22 Tarifverträge, die direkt mit der Organisation, und 18 Verträge, die mit Kommissionen oder Arbeiterausschüssen abgeschlossen worden sind...

Die Jugendabteilung hat sich sehr gut entwickelt. Am 1. Januar 1909 ohne Jugendabteilung waren im Verbands 310 Kollegen unter 18 Jahren oder Lehrlinge organisiert...

Die Bibliothek ist durch Anschaffungen wieder bereichert worden. Die Zahl der Leser betrug 2043 und die Zahl der ausgeliehenen Bücher 16312...

Aus dem Kassenbericht ist ersichtlich, daß die Einnahmen für Beiträge und Eintrittsgelder für die Baukosten von 388 501,30 Mark im Jahre 1910 auf 537 693,40 M. im Jahre 1911 gestiegen sind...

Der Schluß des Berichtes stellt die erfreuliche Tatsache fest, daß das gemeinsame Arbeiten durch keinen persönlichen noch sachlichen Streit gehindert worden ist...

Inland.

Ein bestehendes Urteil über die Verweigerung von Streikarbeit. Die Lithographen und Steinbrüder einer größeren Firma in Jahn i. V. weigerten sich, Streikarbeit zu verrichten...

Lohnbewegungen.

Sämtliche Gesellen der ersten Stettiner Fleischwarenfabrik, Inhaber Emil Krüger in Stettin, haben die Arbeit eingestellt, weil die Firma jede Verhandlung mit der Organisation über einen eingereichten Tarif ablehnte...

Schornsteinfegerstreik.

Die Schornsteinfeger in den größeren märkischen Städten haben eine Lohnbewegung erfolgreich beendet. Zurzeit stehen die Schornsteinfeger in den ungarischen Städten in einer Lohnbewegung...

Neues aus aller Welt.

Enteich.

Dresden, 31. Januar. Heute gegen 5 Uhr vormittags entgleiste auf der Strecke Delitzsch-Bitterfeld in der Nähe von Bitterfeld der Postwagen erster Wagen im Zuge des D-Zuges 21...

Ersticht aufgefunden.

Meißen, 31. Januar. Der 30-jährige Kaufmann Berger wurde heute früh im Schlafstube ersticht aufgefunden. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß Robberschläger nachts die Diebstahl in Brand legten und der Kaufmann in Brand fiel...

Untergegangen — 11 Mann ertrunken.

Bergan, 31. Januar. Gestern ist beim Schiffsman-Geurts-turme die Barke Elise aus Christianstund untergegangen. Von der 15 Mann starken Besatzung sind 11 ertrunken, während 4 gerettet werden konnten...

Tragischer Tod.

Wegau, 31. Januar. Die aus Gollau gemietete Wirt, ist dort die Witwe des verstorbenen Hoteliers Weim auf dem Friedhof, wo sie am Grab ihres Gatten betete, eingeschlagen. Sie wurde ertrunken aufgefunden.

Das Rennen in Dresden macht Tymians Thalia-Theater. Görlitzer Str. 6. Telefon 6300. Linien 3 und 7. Am 1. u. 2. vollst. Programmwechsel. Sonntag von 11-1 Uhr. Fideles Frühstücken u. Vorr. (20 u. 30 Pl.) Nachm. 4 Uhr. Kl. Pr. ab 2 Uhr. Gew. Pr. Donnerst. Damen-Kaffee u. Vorstellung. Wochentage 11-11 Uhr. 11-11 Uhr.





